

Somit schlägt nun die Stunde der Europäer, vielleicht zum letzten Mal die der Deutschen und Franzosen. Sie müssen die Einheit des Kontinents organisieren, damit Europa nicht zwischen Amerikanern und Russen zerrieben bzw. gespalten wird. Paris liebäugelt mit den Amerikanern, was

die Lage für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik nicht leichter macht. Umso dringender wird daher eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik, nicht in 20 Jahren, sondern sehr, sehr kurzfristig, wie der Fall Georgien lehrt.

Klaus Harpprecht

Die Glosse:

Lasst bitte die Finger von Georgien und der Ukraine

Vielleicht ist es wahr, dass die Überfütterung durch sogenannte »Informationen«, die von den Medien Tag für Tag und Nacht für Nacht in inflationärer Fülle produziert werden, das Wichtigste unserer menschlichen Talente stetig mindert: die Fähigkeit, Wichtiges und Unwichtiges zu unterscheiden. Politiker, die es sich zu leicht machen, leben davon. George *Doubleyou* Bush hatte, als Amerikas Finanzen vor dem unaufhaltsamen Absturz in die Katastrophe gerettet werden mussten, längst vergessen, dass er und vor allem sein Lenker hinter der Bühne, der gerissene Vizepräsident Cheney, den Weg ins Desaster gebahnt hatten: mit der kopflosen Deregulierung des Marktes, den Steuergeschenken an die Minorität der Reichen, dem billigen Geld des gegen Null tendierenden Zinssatzes, mit der Billionen-Verschleuderung im irakischen Krieg.

Nach der November-Wahl werden auch die beiden rasch genug einem (allzu) gnädigen Vergessen anheimfallen – wie zuvor schon ihr fataler Verteidigungsminister Rumsfeld, der nicht nur weitgehend für das Debakel im Irak verantwortlich war, sondern zugleich – von kaum einer Menschenseele bemerkt – in seinem vorsenilen Machtrausch die Atlantische Allianz partiell außer Kraft gesetzt hat. Er sprach, als die amerikanischen Panzerbrigaden in Bagdad einbrachen, angesichts der franzö-



Klaus Harpprecht

(* 1927) Mitherausgeber der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, war Redenschreiber und Berater von Willy Brandt. Er ist seit langem als Journalist für zahlreiche Zeitungen tätig und seit letztem Jahr Mitherausgeber der *Anderen Bibliothek*. Neu erschienen: seine Biografie über Marion Gräfin Dönhoff.

sischen und deutschen Absage an seinen Krieg, von den wechselnden »Bündnissen im Bündnis«, die künftig die Existenz der *Nato* prägen würden. Damit kündigte er – ohne zu begreifen, was er damit anrichten würde – die automatische Beistandspflicht der Gemeinschaft für den Ernstfall einer massiven militärischen Aggression gegen ein Mitgliedsland auf. Die Vereinigten Staaten bestimmten von nun an, welche Kriege das Bündnis gegen wen und mit wem zu führen hatte. Ohnedies war die Automatik der militärischen Solidarität durch die Expansion der Allianz bis vor die Tore von Sankt Petersburg und bis zur Donau-Mündung eher fragwürdig geworden. Das Stichwort von der »Überexpansion« fiel schon damals.

Immerhin war es verständlich, dass Polen, Tschechien und die Slowakei, dass die kleinen baltischen Staaten Schutz vor dem Großen Bruder im Osten unter dem Dach der *Nato* suchten. Sie hatten bitter genug erfahren, dass weder Frankreich

noch Großbritannien imstande waren, ihre Sicherheit zu garantieren – und den Deutschen trauten sie dies erst recht nicht zu, die einst im Schulterchluss mit den Sowjets ihr Schicksal besiegelt hatten. Ihr historisches Gedächtnis funktionierte besser als das ihrer westlichen Nachbarn. Stets waren es die Russen, die Preußen und die Österreicher miteinander, die Polen dreimal einer Teilung unterworfen und immer aufs Neue versucht hatten, die unterjochte Nation zwischen den Großmächten auszulöschen. Die böse Erinnerung rechtfertigt die Installation einer amerikanischen Raketen-Bastion in Polen keineswegs – aber es erklärt die Angstmotive der politischen Klasse in Warschau (und Prag), die sich keineswegs auf das vertrotzte Zwillingsspaar Kaczynski beschränkten.

Dem Vizepräsidenten Cheney war dies nicht genug. Im vergangenen Jahr forderte er in einer der baltischen Hauptstädte, dass die Ukraine und Georgien in die *Nato* aufgenommen werden müssten. Diese Deklaration wurde in Moskau – nicht völlig zu Unrecht – als die Ankündigung einer Wiedereröffnung des Kalten Krieges verstanden. Nach dem Debakel im Irak setzten die Rechtsrepublikaner in Washington auf die patriotische Beunruhigung ihrer Wählerschaft durch die wachsenden Spannungen zwischen dem russischen Imperium Wladimir Putins und der Welt des Westens.

Die demonstrative Separation der beiden rebellischen Provinzen Georgiens unter dem Schutz der russischen Armee war das klare Signal, dass der Kommandeur im Kreml das Signal verstanden hatte und mit kalter Entschlossenheit die Machtmittel seiner Großmacht mobilisierte: auch eine späte Antwort auf das System amerikanischer Stützpunkte im Süden des riesenhaften Reiches (auf den Territorien einstiger sowjetischer Rand-Republiken), das die militärische Präsenz des Westens in Afghanistan voraussetzt, obschon sie in erster Linie dem Kampf gegen den islamistischen Terror dient.

Die Öl-Interessen werden durch die lockere Koalition mit den Potentaten am Bauch des russischen Imperiums gewiss nicht solide gesichert. Doch die vorgeschobenen Basen nähren einen russischen Einkreisungskomplex, über dessen Gefährlichkeit die Deutschen dies und jenes aus ihrer eigenen Geschichte gelernt haben sollten. Mit dem Anschluss des (halb demokratischen) Georgiens und vor allem der Ukraine an die *Nato* könnte das Gefühl der vermeintlichen (oder auch realen) Bedrohung in Reaktionen jenseits der kühlen Rationalität umschlagen, die der Reichsherr Putin so gern und mit einigem Geschick demonstriert.

Die arrogante Unbekümmertheit, mit der die russischen Militärs in Georgien agierten, forderte, kein Zweifel, den Protest des Westens heraus. Aber dies heißt noch lange nicht, dass es vernünftig wäre, Stalins Heimatprovinz in die Atlantische Allianz einzugliedern. Dies gilt erst recht für die Ukraine, in der – wenn nicht vieles täuscht – eine Mehrheit der Bevölkerung den Eintritt in die *Nato* nicht wünscht: ganz gewiss nicht jene vierzig Prozent der Bürger, deren Alltagssprache das Russische ist.

Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland, die beiden Kernmächte der Europäischen Union, sollten nach einer klaren Abstimmung ihrer Positionen unmissverständlich erklären, dass sie keinesfalls bereit sind, der weiteren Expansion des Atlantikpaktes nach Osten zuzustimmen. Sie müssten miteinander jede nur mögliche Anstrengung unternehmen, um die polnischen Partner davon zu überzeugen, dass die Aufnahme der Ukraine und Georgiens keineswegs ihren Interessen diene. Im Gegenteil, sie würde die lauernde Feindseligkeit des Verhältnisses zu dem übermächtigen Nachbarn nur verschärfen, zumal eine Entscheidung für die *Nato* in der gespaltenen Ukraine bürgerkriegsähnliche Unruhen provozieren könnte, die der Kreml womöglich als willkommenen Vorwand für eine direkte Intervention

nutzen würde. Glaubt auch *ein* Bürger, der seine fünf Sinne zusammen hat – ob in Warschau, ob in Prag, ob in Kiew –, dass die Vereinigten Staaten bereit wären, den russischen Panzern durch eine nukleare Drohung den Weg zu verstellen?

Klare Grenzen

Erinnert man sich in Washington nicht mehr an die Kuba-Krise, als der Rote Zar Chruschtschow mit der Weltkatastrophe eines Atomkrieges spielte? Half Putins zynischer Flirt mit dem unkalkulierbaren Halbdiktator Chavez nicht dem Gedächtnis unserer amerikanischen Freunde auf die Sprünge? Wenn die Vereinigten Staaten ihre Einfluss-Sphäre als strategisches Spielfeld betrachten, werden sie kaum davon ablassen, im lateinamerikanischen Hinterhof der USA brisanten Unfug zu treiben.

Die *Nato* braucht, wenn sie nicht an sich selbst zugrunde gehen will, klare Grenzen. Als klassische Militär-Allianz ist sie schon jetzt – wie wir von dem unglückseligen Poltergeist Rumsfeld gelernt haben sollten – kaum mehr funktionsfähig. Das gilt gleichermaßen für die Europäische Union. In Warschau sollte man begreifen, dass die produktive Vitalität der Gemeinschaft – Verfassung hin oder her – zum Teufel ginge, wenn die Zahl ihrer Mitglieder und ihrer Ausdehnung jedes lenkbare Maß überschritte. Das gilt, um die blanke Wahrheit zu sagen, auch schon für die Türkei. Die Regierung in Berlin und ihr Partner in Paris müssen ihre Europatreue – übrigens auch ihre atlantische Loyalität – durch couragierte Wahrhaftigkeit beweisen. Für den übervorsichtigen Mangel an Aufrichtigkeit im komplexen Verfahren um die Aufnahme der Türkei in die Europäische Union werden wir eines Tages bitter genug büßen.